



# Neueste Leitentscheidungen zum Eisenbahnrecht

Prof. Dr. Urs Kramer – Lehrprofessur für Öffentliches Recht

## Gliederung

A. Einleitung

B. „Leitentscheidungen“ des Gesetzgebers

C. „Leitentscheidungen“ der Gerichte

D. Kuriositäten

E. Ausblick

## **B. „Leitentscheidungen“ des Gesetzgebers**

- I. Viertes EU-Eisenbahnpaket**
- II. Eisenbahnregulierungsgesetz**
- III. Neue Regeln zur Fahrzeugzulassung**
- IV. Neunte Verordnung zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften**
- V. Geplantes Lärmschutzgesetz**
- VI. Weitere Gesetze mit Bahnbezug**
  1. Erhöhtes Beförderungsentgelt ohne Fahrschein
  2. Neues Vergaberecht

# I. Viertes EU-Eisenbahnpaket

## Eckpunkte:

- **08.10.2015: Einigung über den politischen Teil**
  - Fortbestand von integrierten Konzernen (Netz und Betrieb)
  - Marktöffnung für den bislang nur inländischen SPNV
  
- **Dezember 2015: Beginn der Umsetzung des technischen Teils**
  - Verabschiedung von Entwürfen für RL und VO zur Sicherheit und zur Interoperabilität des Eisenbahnverkehrs in der EU durch Verkehrsminister der EU
    - Vor allem Stärkung der ERA:
      - Status einer europäischen Behörde
  - Befassung des Verkehrsausschusses des EP und des EP als Gesamtgremium mit den Entwürfen

## II. Eisenbahnregulierungsgesetz

- **13.01.2016: Beschluss des Bundeskabinetts über den Entwurf eines neuen Eisenbahnregulierungsgesetzes (BR-Drs. 22/16)**
  - Verbesserung des Wettbewerbes und der Effizienz im Eisenbahnsektor
- **Besonderheiten dieses Entwurfes:**
  - Erhebliche Stärkung der Kompetenzen der BNetzA
    - Vorabgenehmigung der Schienennutzungsentgelte
    - Schaffung von Beschlusskammern zur Überwachung der Einhaltung der Regelungen für die Unabhängigkeit der Infrastrukturbereiche
  - Schaffung von Anreizen für die Betreiber der Schienenwege zur Senkung von Infrastrukturkosten, die zu einer Minderung der Trassenentgelte führen sollen

### III. Neue Regeln zur Fahrzeugzulassung

- **§ 4b AEG: Einsatz von Prüfsachverständigen**
  - Schnellere und effizientere Zulassung als Ziel
  
- Inbetriebnahmegenehmigung
  - Prüfung der nationalen technischen Vorschriften (= nicht TSI)
  - Einstufung als Verwaltungshelfer, wenn Auftraggeber =  
Sicherheitsbehörde oder Eisenbahnaufsichtsbehörden der Länder
  
- Anerkennung und Überwachung der privaten Stellen durch das EBA
  - Anerkennung: Fachkompetenz + Zuverlässigkeit +  
Unabhängigkeit vom Auftraggeber
  - Rechtsverordnung iSd § 26 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AEG fehlt noch

## IV. Neunte Verordnung zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften

- Umsetzung der europäischen Vorgaben
- Anpassung:
  - Triebfahrzeugführerscheinverordnung
  - Eisenbahn-Sicherheitsverordnung
  - Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung:
    - Anforderungen an die Sprachkenntnisse des Betriebspersonals auf grenzüberschreitenden Bahnstrecken: Möglichkeit, neben Deutsch eine weitere Betriebssprache zuzulassen, wobei die Fahrdienstleister beide, die Triebfahrzeugführer nur eine auf einem bestimmten Niveau beherrschen müssen

## V. Geplantes Lärmschutzgesetz

- **Schweiz: Am 01.01.2016 Inkrafttreten der revidierten VO über die Lärmsanierung der Eisenbahnen**
  - Festlegung von verbindlichen Emissionsgrenzwerten
  - Regelungen zu den Details zu dem ab 2020 geltenden Verbot lauter Güterwagen
  - Regelung der Kriterien zur Gewährung von Finanzhilfen für den Erwerb und Betrieb besonders leiser Güterwagen und Ressortforschung
- **Deutschland: Aufforderung der Bundesregierung durch den Bundesrat auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz vom 18.12.2015 zur Ergreifung wirksamer gesetzlicher Maßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms auf Bestandsstrecken**



## VI. Weitere „Gesetze“ mit Bahnbezug

### 1. Erhöhtes Beförderungsentgelt ohne Fahrschein

- Erhöhung auf 60 Euro
- Ziel, Einnahmeausfälle möglichst gering zu halten und den sich tariftreu verhaltenden Fahrgast zu entlasten

### 2. Neues Vergaberecht

- Am 17./18.12.2015 „Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts“ verabschiedet
- Ziel: Rechtsrahmen für die öffentliche Auftragsvergabe soll umfassend reformiert, modernisiert, vereinfacht und anwendungsfreundlicher gestaltet werden
- Wesentliche Regelungen finden sich zusammengeführt im GWB und Einzelheiten der Vergabeverfahren in Rechtsverordnungen, die durch eine „Mantelverordnung“ miteinander verknüpft sind
- § 131 GWB für Eisenbahnbereich besonders von Bedeutung

## C. „Leitentscheidungen“ der Gerichte

### I. Strafrecht

- **Bewährungsstrafe für Lokführer**, dessen Unterlassen – die Nichtdurchführung einer Bremsprobe vor der Abfahrt – zum Tod eines Weichenwärters führte
- **Schwarzfahrten**
  - **LG Bonn**: Zugfahrten mit nach außen erkennbarer Ankündigung, schwarz zu fahren, die von Bahnmitarbeitern nicht zur Kenntnis genommen wurde, ist eine Straftat nach § 265a StGB
  - **OLG Köln**: Diese Ankündigung ist auch gegenüber Bahnmitarbeitern nicht dazu geeignet, den durch das Betreten des Zuges erweckten Anschein, die Beförderungsvoraussetzungen zu erfüllen, zu erschüttern
- **Unfall mit Todesfolge im Sonderzugverkehr (LG Koblenz)**: Ein Lokführer muss und darf wegen des langen Bremsweges darauf vertrauen, dass das Gleis frei von Hindernissen ist und sich das Betriebspersonal regelkonform verhält
- **Schießerei im Regionalzug mit Todesfolge (LG Kempten)**

## II. Polizeirecht

- **VG Köln:** Vorwurf des „racial profiling“ gegen die Bundespolizei am Hauptbahnhof Bochum

## III. Marken- und Wettbewerbsrecht

- **BGH:** Die Allgemeinheit verbindet mit dem Begriff „S-Bahn“ nicht die DB als Rechteinhaber, sondern versteht darunter einen Gattungsbegriff → Löschung der zu Gunsten der DB eingetragenen Wortmarke „S-Bahn“ rechtlich nicht zu beanstanden

## IV. Vergaberecht

- **OLG München:**
  - **Beurteilungs- bzw. Dokumentationsmängel** im Rahmen eines Vergabeverfahrens führen nicht dazu, dass der Bewerber aus dem erneut durchzuführenden Verfahren ausgeschlossen wird
  - Das Gericht hat es gebilligt, die **Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit** im Vergabeverfahren auf der Grundlage eines Verkehrsvertrages zwischen dem Bewerber und einem anderen Verkehrsverbund vorzunehmen

## V. Entscheidungen zum Regulierungsrecht

### 1. Netzzugang für den „Thalys“ in Deutschland

- **VG Köln und OVG Münster:** Das Vergabekriterium „**grenzüberschreitender Verkehr**“ aus § 9 Abs. 4 EIBV kommt auch bei der Vergabe der durch Rahmenverträge gesicherten Trassen zur Anwendung
- **Begriff „grenzüberschreitende Zugtrasse“:**
  - **VG Köln:** weiter Begriff; „ab bzw. bis“ entsprechend der Bestellung
  - **OVG Münster:** engerer Begriff; nur durchgehend gegebene internationale Trasse, so dass das EVU nur bei einem der beteiligten Netzbetreiber bestellt, der wiederum die anderen Netzunternehmen bei der Trassenkonstruktion beteiligt

### 2. Verladerrechte bei der Trassenvergabe

- **BVerwG:** Verlader können auch ohne die Angabe eines später von ihnen zu beauftragenden EVU Trassen bestellen

## V. Entscheidungen zum Regulierungsrecht

### 3. Erneuter Streit um die Trassenzuweisung beim Sylt-Verkehr

- **VG Köln:**
  - Für die Vergabe von Trassen spielt die Kapazitätsauslastung der benötigten Serviceeinrichtungen keine Rolle; die Nutzungsmöglichkeit der Serviceeinrichtung fällt in die Risikosphäre des EVU
  - Ausnahme: Die Nutzbarkeit der Serviceeinrichtung ist von Anfang an ausgeschlossen, so dass die Nutzung der Trasse als sinnlos erscheint
- **Bestätigt durch OVG Münster**

### 4. Nutzungsbedingungen für trimodale Containerterminals

- **VG Köln:** Pflicht zur Aufstellung von Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen für Betreiber von Containerterminals

## V. Entscheidungen zum Regulierungsrecht

### 5. Zeitgebühren der Regulierungsbehörde

- **VG Köln:** Für den Nachweis des angefallenen Zeitaufwandes genügt ein ausgefüllter Stundenzettel, der nur in Frage gestellt wird, falls die Gegenseite (Schuldner) den angegebenen Aufwand erschüttert  
→ dann ausführliche Beweiserhebung durch das Gericht

### 6. Österreich: Mehrere Urteile zum Netzzugangsrecht

- **BVwG:** Übertragung des Risikos von Betriebsstörungen auf das EVU ist diskriminierend und führt zur Nichtigkeit der SNB
- **BVwG:** Der Unwirksamkeitserklärung der SNB der Schienen-Control Kommission kommt Durchgriffswirkung auf den Einzelvertrag zu
- **VwGH:** Nicht nachvollziehbar begründete Entgelte und zu lange Bestellfristen sind diskriminierend und führen zur Unwirksamkeit der SNB

## VI. Rückforderung von Trassenentgelten

### 1. Regionalfaktoren

- **LG Frankfurt/Main (2 x):** Berücksichtigung der Regionalfaktoren bei der Entgelthöhe ist rechtswidrig und führt zu Rückzahlungen

### 2. Teilerfolg der DB bei der Trassenpreiskontrolle

- **BVerfG:**
  - Verfassungsbeschwerden der DB wegen Verletzung ihres Rechts auf den gesetzlichen Richter aus Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG stattgegeben
  - Die hier relevanten grundrechtsgleichen Prozessrechte der Art. 101 ff. GG stehen auch dem Staat zu
  - Verletzung darin zu sehen, dass der BGH die Nichtzulassungsbeschwerde ohne nähere Begründung zurückgewiesen und seine Erwägungen nicht zum Ausdruck gebracht hat
  - BGH muss sich erneut mit der Frage einer Vorlage der Streifrage bzgl. der Anwendung des § 315 III BGB im Eisenbahnrecht an den EuGH befassen

## VII. Anschlussrecht

- **VG Hannover:**
  - **Anwendungsbereich des § 13 AEG:** Nach seinem Sinn und Zweck sowie der Historie erfasst die Norm nur den Anschluss von Gleisanlagen
  - **Nicht:** Serviceeinrichtungen wie Bahnsteige



## VIII. Haftungsfragen

### 1. Schadensersatz für nach Suizid traumatisierte Lokführer

- **AG München:** Verurteilung zur Zahlung von Schmerzensgeld an die Lokführerin aus Gründen der mangelnden Darlegung und ggf. Beweiserbringung bezüglich der fehlenden Schuld zum „Tatzeitpunkt“

### 2. Schmerzensgeld für defekte Zugtoilette

- **AG Trier:** „körperliches Unwohlsein“ durch „Organisationsverschulden“ der DB Regio AG

## VIII. Haftungsfragen

### 3. Entschädigung für „Einsteigefehler“?

- **AG München:** kein Anspruch auf Entschädigung der Fahrtkosten bzw. der Mehrkosten für die Weiterfahrt

### 4. Kampfmittelräumung entlang der RRX-Trasse

- **VG Düsseldorf:** kein Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Kampfmittelräumung gegen die DB Netz AG als Eigentümerin der betroffenen Grundstücke

## IX. Lärmschutz

- **OVG Koblenz: keine Pflicht des EBA zum Tätigwerden bei unzureichendem Schallschutz**

## X. Planfeststellung und Freistellung

### 1. „Stuttgart 21“

- **VGH Mannheim: kein Anspruch auf Durchführung des Bürgerbegehrens „Ausstieg der Stadt aus dem Projekt Stuttgart 21“**
  - Zumindest auch **eigener Wirkungskreis** der Stadt betroffen
  - Kein Bürgerbegehren über **Haushaltssatzung**
  - Bürgerbegehren **auf rechtswidriges Ziel gerichtet**: keine verfassungswidrige Mischfinanzierung nach Art. 104 Abs. 1 GG  
**Aber**: Finanzierungsbeitrag des Landes Baden-Württemberg?

- **VGH Mannheim:** Rechtmäßigkeit der **sofortige Besitzeinweisung** der DB Netz AG auf Grund von **Bauarbeiten unter zwei Grundstücken**
  - Gebrauchmachen von der Besitzeinweisung **vor rechtskräftiger Entscheidung über deren Rechtmäßigkeit** unschädlich
  - Besitzeinweisung **vom Planfeststellungsbeschluss gedeckt** insbesondere im Hinblick auf deren Dringlichkeit
  
- **BVerwG:** Antrag auf **Aufhebung der Planfeststellungsbeschlüsse** auf Grund neuer Erkenntnisse zu Kosten und Leistungsfähigkeit **ohne Erfolg**

## X. Planfeststellung und Freistellung

### 2. Gewerbeflächen im Bahnhof

- **OVG Berlin-Brandenburg:** Genehmigungsversagung bzgl. der **Schließung zweier Zugänge** zum Empfangsgebäude für Fußgängerverkehr rechtmäßig
- **VG Berlin: sonntägliche Ladenöffnungszeiten** für Lebensmitteldiscounter in nicht im Gesetz ausdrücklich genannten Fernbahnhöfen

### 3. Planfeststellungsbeschluss für einen trimodalen Hafen

- **BVerwG: Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses** wegen fehlender immissions- und baurechtlicher Genehmigungen für den nicht „wassergebundenen“ Teil des Vorhabens

## X. Planfeststellung und Freistellung

4. **Zuschüsse zum Rückbau der Transrapid-Versuchsanlage im Emsland**
  - **VG Berlin: Anrechnung der erzielten Erlöse und gezahlter Versicherungsleistungen** auf eine für den Rückbau bewilligte Zuwendung des Bundes
5. **Keine Baugenehmigung trotz späterer Freistellung**
  - **VGH München: Rechtswidrigkeit der Ersetzung des Einvernehmens** der Gemeinde zur Erteilung einer Baugenehmigung **auf Grund noch fehlender Freistellung nach § 23 AEG** des betroffenen Grundstückes

## **XI. Aufsichtsrecht**

### **1. Stellung des Eisenbahnbetriebsleiters**

- **OVG Brandenburg-Berlin: Grenzen der „Autonomie“ der Eisenbahnbetriebsleiter**

### **2. Veröffentlichung von Unfalluntersuchungsberichten**

- **OVG Münster: Prüfung der Richtigkeit des Unfallberichtes** erst im Hauptsacheverfahren zumutbar

### **3. Informationspflicht am Bahnhof**

- **BVerwG: Dynamische Schriftenanzeigen** zur aktiven Unterrichtung über Verspätungen oder Ausfall von Zügen



## XI. Aufsichtsrecht

### 4. Streitfragen der Sicherheitsbescheinigung

- **VG Köln: Nachweis für die Einführung bestimmter Prozesse des für die Sicherheitsbescheinigung nötigen Sicherheitsmanagementsystems**

- Unabhängig davon, ob EVU über **Eisenbahnbetriebsleiter** verfügt
- **Zuständigkeit des EBA** für nichtbundeseigenen EVU
- **Eigene Überwachungsfahrten** vor dem Einsatz von ständig für andere Unternehmen tätige Triebfahrzeugführer

## XI. Aufsichtsrecht

### 5. Sicherheit von „Castor-Transporten“

- **OVG Lüneburg:** Beschluss der **umfangreichen Beweiserhebung zur Klärung der Sicherheitsfragen** im Rahmen des Verfahrens zur Klärung der Rechtmäßigkeit der Beförderungsgenehmigung

## XII. Betriebspflicht

### 1. Keine Betriebspflicht im Stellwerk

- **VG Mainz:** Aufhebung des Bescheides des EBA über die **sofortige Wiederaufnahme des Betriebes** und Verhinderung besetzungsbedingter Ausfälle im Stellwerk in Mainz
  - keine **Zuständigkeit** des EBA, stattdessen allein der BNetzA
  - „**Bereitstellungs-**“ anstatt **Betriebspflicht**

## XII. Betriebspflicht

### 2. Pflicht zur Betriebsaufnahme

- **VG Magdeburg:** Rechtmäßigkeit der **Beanstandung der fehlenden Betriebsbereitschaft** einer Strecke trotz Betriebsgenehmigung und der **fehlenden Beantragung der Betriebsaufnahmegenehmigung gemäß § 7f AEG**
- **OLG Naumburg, Vorinstanz LG Halle:**  
**Schadensersatzanspruch eines zugangswilligen EVU** auf Grund der fehlenden Betriebsfähigkeit der Strecke

## XII. Betriebspflicht

### 3. Fledermäuse stoppen Museumsbahnbetrieb

- **VG Freiburg:** Rechtmäßigkeit der **Untersagung des Eisenbahnbetriebes** in bestimmten Tunneln der „Sauschwänzlebahn“ zum Schutz seltener Fledermausarten
  - **Zuständigkeit** der Naturschutzbehörde, nicht der Eisenbahnaufsichtsbehörde
  - Eingriffsqualität der **Instandsetzungsarbeiten und „Versorgungsfahrten“** nicht erwähnt
  - Europäisches Naturschutzrecht **verdrängt** Privilegierung öffentlicher Verkehrswege im deutschen Recht
  - „Fahrverbot“ im **Einklang** mit „Planfeststellungsbeschluss“
  - Im Rahmen der Prüfung der Ausübung des **Ermessens:** „nur“ Museumsstrecke, **keine Daseinsvorsorge**

## **D. Kuriositäten**

### **I. Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen**

- **VG Düsseldorf:** Verstoß gegen die **Tarifautonomie**

### **II. E-Scooter im ÖPNV**

- **OLG Schleswig:** unterschiedsloser **Ausschluss** aus Bussen **unzulässig**
- **OVG Münster:** **Verweigerung** der Beförderung von E-Scootern für **stark gehbehinderte Menschen zulässig**

### **III. Telefonleitungen und Infrastruktur**

- **BVerwG:** **Kostentragungspflicht** des **Telefonanbieters** für Verlegung seiner bereits vorhandenen Leitungen

#### IV. Kreuzung von Eisen- und Straßenbahn

- **BVerwG: Geltungsbereich des EKrG**

#### V. Fahrscheinsharing

- **„Karmaticket“: Personenbezug des Fahrscheines**

#### VI. Bezahlung von Lokführern

- **Schweizer Bundesverwaltungsgericht: Lohnhöhe** von in der Schweiz tätigen Lokomotivführern

#### VII. Keine Haftung für gestohlenen Gepäck

- **Oberster Gerichtshof in Wien: keine Übernahme von Verwahrungspflichten**

## E. Ausblick

### Höherinstanzliche Gerichtsentscheidungen in nächster Zeit:

- **LG Trier: Schmerzensgeld für defekte Zugtoilette**
- **OLG Hamm: Schallschutzmaßnahmen an der Hamm-Osterfelder Bahn**
- **BVerwG: Kostenverteilung bei der Gewährung von Netzanschluss**

### → Ergänzung des § 13 AEG um einen Abs. 3 im Rahmen des neuen Eisenbahnregulierungsgesetzes:

„Die jeweils zuständigen Eisenbahnaufsichtsbehörden entscheiden wie bereits bisher im Einzelfall bei Konflikten zwischen Werksbahn und Hinterlieger auf Antrag über die Möglichkeit des Anschlusses, die Bedingungen des Anschlusses und über die Verteilung und Höhe der Kosten mit vertragsersetzender Wirkung.“



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Urs Kramer  
Institut für Rechtsdidaktik  
Universität Passau  
Dr.-Hans-Kapfinger-Straße 14b  
94032 Passau  
Tel. 0851/ 509-2378  
Fax 0851/ 509-2392  
Mail: [Urs.Kramer@uni-passau.de](mailto:Urs.Kramer@uni-passau.de)